



Protokoll der Beratung am 07.11.2018

I. Öffentlicher Teil

Hr. Richter eröffnet die Sitzung. Es sind sieben Ausschussmitglieder anwesend (Anlage 1).

Anwesenheit:

Entschuldigte Mitglieder	Anwesende Vertreter
Simonek, Georg AfD	-

	Mitglieder:	Sachkundige Bürger:	Gäste:
1.	Breitschuh-Wiehe, Gudrun B90/GRÜNE	Dr. Fischer, Ralf B90/GRÜNE	Bitte Anwesen- heitsliste beachten
2.	Gerth, Christina CDU	Groß, Klaus AfD	
3.	Giesecke, Christina CDU	Hähnel, Peggy AfD	
4.	Kurth, Gunnar SPD	Karwinski von Karwin, Eberhard SPD	
5.	Maresch, Jürgen Unser Cottbus/FDP	Koal, Angelika CDU	
6.	Richter, Eberhard DIE LINKE	Kolz, Livia Unser Cottbus/FDP	
7.	Richter, Brita DIE LINKE	Kovalev, Constanze DIE LINKE	
8.	Schulz, Dietmar CDU	Selka, Heiko AUB/SUB	
9.			

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Es sind sieben stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Ab 17:35 Uhr sind mit Herrn Maresch acht stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie folgt bestätigt.

Abstimmung: 7 : 0 : 0

TOP 3 Protokollkontrolle

Das Protokoll vom 05.09.2018 wird in der vorliegenden Form mit einer Änderung (Seite 2 statt „Hr. Groß“ neu „Hr. Richter“) bestätigt.

TOP 4 **Beschlussvorlagen**

4.1 II-011/18 Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der Stadt Cottbus/ Chósebusz mit Gebührentarif ab 01.01.2018

Hr. Specht informiert zur Vorlage anhand der Präsentation der Anlage 2.

Hr. Richter verweist darauf, dass für die Stadt keine zusätzlichen Kosten entstehen, da die Ausgaben zu 100% durch Dritte gedeckt sind. Er dankt Herrn Specht für die geleistete Arbeit.

Der Einbringung der Vorlage II-011/18 in die Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmung: 8 : 0 : 0

TOP 5. **Berichte**

TOP 6. **Informationen, Anträge aus den Fraktionen und der Verwaltung, Anfragen**

6.1 **Informationen**

6.1.1 Unterbringung, Bildung und Integration von geflüchteten Menschen in Cottbus v: Geschäftsbereich Jugend, Kultur, Soziales

Fr. Dieckmann teilt mit, dass die Tabelle zu Protokoll gegeben wird (Anlage 6). Ab Januar 2019 werden nicht mehr für jede Ausschusssitzung Tabellen bereitgestellt, da die Zahlen relativ konstant sind.

Fr. Dieckmann informiert zum gelungenen Fachtag „Bildungsstrategien für junge Neuzugewanderte“ am 02.11.2018. Für den Fachtag konnten Akteure aus München und Hamburg gewonnen werden. So stellten sich die SchlaU Schule aus München sowie das Hamburger Institut für berufliche Bildung vor. Thematisiert wurden die Herausforderungen im Kontext von funktionalem Analphabetismus an den weiterführenden Schulen. Es werden Informationen auf der Seite der Stadt eingestellt.

Hr. Richter ergänzt, dass zugewanderte Analphabeten, wovon 50% auch in ihrer Muttersprache Analphabeten sind, über die Wübben Stiftung aus Hamburg, eine private Bildungstiftung zum Abbau von Bildungsbenachteiligungen, gefördert werden. Ziel sei es, auf Deutschkurse vorzubereiten. Der Tagesordnungspunkt zu geflüchteten Menschen solle zu jeder Ausschusssitzung fortbestehen, nur die Tabelle werde bei Bedarf abgefragt.

6.1.2 Berichterstattung Jobcenter Cottbus gE v. Geschäftsführer

Hr. Mochmann informiert anhand der Präsentation der Anlage 3.

Fr. Koal fragt, ob die Förderung von Arbeitsverhältnissen ebenfalls bei sozialen Arbeitgebern erfolgt. **Hr. Mochmann** bestätigt dies und ergänzt, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bei allen Arten von Arbeitgebern möglich ist.

Hr. Groß interessiert, wie man sich Betreuung und Coaching vorzustellen habe. **Hr. Mochmann**: Die Betreuung vor der Vermittlung erfolgt durch das Jobcenter. Das Coaching nach der Vermittlung wird an Träger vergeben.

Fr. Koal berichtet über Frustration, wenn Bewerber keine Antwort erhalten.

Hr. Mochmann: Fast täglich werden im Jobcenter Termine mit Arbeitgebern am Tisch angeboten. Die Bewerber seien positiv überrascht von der Resonanz auf ihre Bewerbung, erfahren Wertschätzung.

Fr. Koal fragt nach, wohin sie Bewerber schicken kann.

Hr. Mochmann: Wenn es Leistungsempfänger nach SGB II sind, kann eine E-Mail an das virtuelle Postfach des Jobcenters gesandt werden.

Hr. Richter möchte wissen, ob die beauftragten Träger eine Chance haben mit zu entscheiden, wer in die Maßnahmen kommt.

Hr. Mochmann favorisiert eine Beratung durch Fallmanager des Jobcenters bei den Trägern.

Hr. Selka möchte wissen, wie es mit der Alphabetisierung aussieht.

Herrn Mochmann sind aus den letzten 3-4 Monaten keine Probleme bekannt.

Hr. Dr. Fischer: Das Thema kommt verstärkt an weiterführenden Schulen.

Hr. Richter: Das Thema Alphabetisierung kommt für Mütter mit Migrationshintergrund, wenn deren Kinder in die Kita gehen.

Hr. Richter dankt Herrn Mochmann für seine Ausführungen.

6.1.3 Weisse Ring e.V. - Vorstellung der Arbeit v: Weisser Ring e.V.

Hr. Erbe, ehrenamtlicher Mitarbeiter des Weissen Ringes der Außenstelle Cottbus, informiert anhand der Präsentation der Anlage 5: Der Weisse Ring, eine Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und ihre Familien, hat ca. 50.000 Mitglieder und ca. 3.000 ehrenamtliche Mitarbeiter/innen bundesweit. Hr. Erbe arbeitet vor Ort mit ehrenamtlichen Mitarbeitern, welche telefonisch oder per Mail erreichbar sind. Büros gibt es landesweit. Neben Lotsentätigkeit, Beratung und Begleitung erhalten Opfer von Kriminalität auch materielle Unterstützung als Sofort- und Überbrückungshilfe. Zurzeit arbeiten in Cottbus neun ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, davon drei im Opfergespräch. Hr. Erbe schätzt, dass im Jahr 2017 ca. 15-20 Fälle unterstützt wurden. Es wird eng mit der Opferperspektive zusammen gearbeitet. Finanziell ist der Weisse Ring unabhängig. Geld kommt aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden, Gerichtsstrafen und Vermächtnissen. Der Verein hat 60 Mitglieder in Cottbus. Das sei zu wenig.

Hr. Richter dankt Herrn Erbe für seine Information. Er hofft, dass sich Leute finden, die die Arbeit mittragen.

6.1.4 Vorstellung der Kandidaten der öffentlichen Ausschreibung zur Mitarbeit im Beirat für Menschen mit Behinderungen (Amtsblatt 22.09.18) v: Geschäftsbereich Jugend, Kultur, Soziales

Frau Dieckmann informiert, dass zwei Personen aus dem Beirat ausgeschieden sind, die nun nachbesetzt werden. Es gab zwei Bewerbungen: Fr. Ilona Dehmer und Hr. Wolfgang Zabka. Herr Zabka stellt sich vor.

Hr. Richter dankt Herrn Zabka für seine Bereitschaft. Er fordert zur Abstimmung der Vorlage auf. Der Einbringung der Vorlage OB-013/18 „Nachbenennung von Mitgliedern zur Besetzung des Beirats für Menschen mit Behinderungen der Stadt Cottbus/Chóšebuz“ in die Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmung: 8 : 0 : 0

TOP 7. Sonstiges

Herr Richter informiert, dass er sich am 27.11.2018 mit Frau Dieckmann und Frau Micka zu den Themen der Sozialausschüsse der nächsten sechs Monate abstimmen wird. Er bittet, Themen für den Sozialausschuss bis zum 27.11.2018 direkt an diese drei Personen weiterzuleiten.

Hr. Maresch hat einen Antragsentwurf zur Bildung eines runden Tisches gegen Kinderarmut formuliert. Er möchte den Entwurf den anderen Mitgliedern des Ausschusses per Mail zusenden und bittet um Beteiligung und Anregungen zur Verbesserung. **Hr. Richter**: Es wäre sinnvoll, das Thema Kinderarmut wie bereits im Sommer angeregt zusammen mit dem Bildungs- und Jugendhilfeausschuss zu beraten. Dazu sollten sich die drei Ausschussvorsitzenden verständigen.

Hr. Groß thematisiert den LR Artikel zur Demonstration von Eltern für eine Beitragsrückzahlung am 21.11.2018 vor dem Stadthaus. Er fragt Frau Dieckmann, inwieweit es diesbezüglich Kollisionen wegen unklarer gesetzlicher Regelungen geben könnte. **Fr. Dieckmann** verweist auf ihre Schreiben an die Fraktionen zum Sachverhalt und auf die Novelle des Kita-Gesetzes zum 01. August 2018. **Fr. Giesecke**: Im November wird ein entsprechender qualifizierter Antrag der SPD Fraktion versendet. **Hr. Kurth**: Alle Fraktionen sind am Montag zu Gesprächen eingeladen. Bis zum Wochenende wird dann eine modifizierte Version des Antrages erarbeitet. Vertreter der AG 78 werden an der Beratung teilnehmen.

Fr. Koal bemerkt mit Blick auf die geplante Demonstration vor dem Stadthaus, dass die Ursachen in der geänderten Gesetzeslage im Land Brandenburg liegen und nicht in Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung. **Hr. Dr. Fischer** verweist auf die zuständigen Ausschüsse Jugendhilfe- und Rechtsausschuss. **Hr. Schulz** macht deutlich, dass es hier um eine Besserstellung der Bessergestellten geht. Das sollte kommuniziert werden.

Der öffentliche Teil endet um 19:03 Uhr.

II. Nichtöffentlicher Teil

1. Bestätigung der Tagesordnung

keine

2. Protokollkontrolle

Keine

3. Beschlussvorlagen

keine

4. Informationen

keine

Richter
Vorsitzender des Ausschusses

Kasch
Protokollantin